

# Recherche RES LEGAL - Netzfragen

## Land: XXXX

### 1. Netzfragen im Überblick

<b>Interne Daten</b>	<i>Datum der Erstellung:</i> <i>Update vom:</i>	<i>VerfasserIn:</i>	<i>Status:</i> 1. Entwurf in progress (mit Angabe in %, wie weit ungefähr fertig) 2. Fertiger Entwurf für Kontrolle eclareon 3. Fertiger Entwurf für Kontrolle G&vO 4. Freigegeben für die Datenbank (=final)
<b>Netzfragen im Überblick (Teaser)</b>	Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien sind in Deutschland vorrangig an das Netz anzuschließen. Netzbetreiber sind darüber hinaus verpflichtet, Strom aus Erneuerbaren Energien vorrangig abzunehmen und zu übertragen. Zusätzlich kann der Einspeisewillige vom Netzbetreiber den Ausbau des Netzes verlangen. Diese Sonderregelungen sind in dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) enthalten. Ergänzend gelten die allgemeinen energiewirtschaftsrechtlichen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).		
<b>Netzanschluss</b>	Es besteht ein gesetzlicher Anspruch der Anlagenbetreiber gegen die Netzbetreiber auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluss der Anlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien an das Netz.		
<b>Netznutzung</b>	Es besteht ein gesetzlicher Anspruch der Anlagenbetreiber gegen die Netzbetreiber auf Abnahme und Übertragung des gesamten angebotenen Stroms aus Erneuerbaren Energien. Für die Übertragung des Stroms dürfen die Netzbetreiber von den Anlagenbetreibern keine Netznutzungsentgelte erheben.		
<b>Netzausbau</b>	Netzbetreiber sind auf Verlangen der Einspeisewilligen verpflichtet, unverzüglich ihre Netze entsprechend dem Stand der Technik zu optimieren, zu verstärken und auszubauen, um die Abnahme, Übertragung und Verteilung des Stroms aus Erneuerbaren Energien sicherzustellen. Der Netzbetreiber ist nicht zum Ausbau verpflichtet, soweit dies wirtschaftlich unzumutbar ist.		
<b>Rechtsvorschriften</b>	EEG EnWG KraftNAV		

## 2. Rechtsquellen Basisinformationen

<b>Titel der Rechtsquelle (Originalsprache)</b>	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)	Kraftwerks-Netzanschlussverordnung
<b>Titel der Rechtsquelle (lang)</b>			Verordnung zur Regelung des Netzanschlusses von Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie
<b>Titel der Rechtsquelle (Deutsch)</b>			
<b>Kurzbezeichnung</b>	EEG	EnWG	KraftNAV
<b>Inkrafttreten</b>	01.01.2012	13.07.2005	26.06.2007
<b>Letzte Änderung</b>	01.01.2012	24.11.2011	
<b>Künftige Änderungen</b>			
<b>Zweck</b>	Klimaschutz durch Erhöhung des Anteils des Stroms aus Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung im Zeitraum 2020 – 2050 von mindestens 35% auf mindestens 80% und diese Strommengen in das Elektrizitätsversorgungssystem zu integrieren (§ 1 EEG).	Schaffung einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas (§ 1 EnWG).	Regelung des Netzanschlussverfahrens von Kraftwerken mit einer Nennleistung ab 100 MW an Hochspannungsnetze mit einer Spannung von mindestens 110 Kilovolt
<b>Bezug Erneuerbare Energien</b>	Das Gesetz dient ausschließlich der Förderung Erneuerbarer Energien.	Ergänzende Vorschriften für den Netzzugang von Strom aus Erneuerbaren Energien.	Die Verordnung regelt den Netzanschluss von Erneuerbaren Energiekraftwerken, soweit dadurch die Vorschriften des EEG unberührt bleiben.
<b>Link zur Rechtsquelle im Volltext (Originalsprache)</b>		<a href="http://www.bundesrecht.juris.de/enwg_2005/BJNR197010005.html">http://www.bundesrecht.juris.de/enwg_2005/BJNR197010005.html</a>	<a href="http://www.gesetze-im-internet.de/kraftnav/index.html">http://www.gesetze-im-internet.de/kraftnav/index.html</a>
<b>Link zur Rechtsquelle im Volltext (Englisch)</b>			Link zur Originalrechtsquelle (Deutsch)

### 3. Weiterführende Kontakte

Institution (Name)	Website (Startseite)	Name der Kontaktperson (optional)	Telefonnummer (Zentrale)	eMail (optional)
<b>Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)</b>	<a href="http://www.bmu.de/">http://www.bmu.de/</a>		+49 301 830 50	service@bmu.bund.de
<b>Bundesnetzagentur</b>	<a href="http://www.bundesnetzagentur.de/">http://www.bundesnetzagentur.de/</a>		+49 228 140	info@bnetza.de
<b>Bundeskartellamt</b>	<a href="http://www.bundeskartellamt.de/">http://www.bundeskartellamt.de/</a>		+49 228 949 90	info@bundeskartellamt.bund.de
<b>Geiser &amp; von Oppen – PartG</b>	<a href="http://www.gvo-anwaelte.de/">http://www.gvo-anwaelte.de/</a>	Margarete von Oppen	+49 30 31 01 92 00	office@gvo-anwaelte.de

#### 4. Netzanschluss

<b>Kurzbezeichnung der Rechtsquelle</b>	EEG KraftNAV	
<b>Kurzbeschreibung</b>	<p>Es besteht ein gesetzlicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Netzanschluss (§ 5 Abs. 1 EEG). Der Netzbetreiber darf die Erfüllung dieses Anspruchs also nicht vom Abschluss eines Vertrages abhängig machen (§ 4 Abs. 1 EEG).</p> <p>Anlagenbetreiber ist, wer eine Anlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien nutzt. Die Eigentumsverhältnisse spielen keine Rolle (§ 3 Nr. 2 EEG). Anspruchsverpflichtet ist der Netzbetreiber, zu dessen technisch für die Aufnahme des Stroms geeignetem Netz die kürzeste Entfernung zum Standort der Anlage besteht (§ 5 Abs. 1 EEG). Ausnahmsweise ist der Betreiber eines anderen Netzes zum Anschluss verpflichtet, wenn der Anschluss an sein Netz technisch und wirtschaftlich günstiger ist (§ 5 Abs. 1 EEG). Netzbetreiber sind berechtigt, dem Anlagenbetreiber auf ihre Kosten einen anderen Netzverknüpfungspunkt zuzuweisen. Anlagenbetreiber können sich auch entscheiden, einen anderen Netzverknüpfungspunkt zu wählen. Bei Anlagen mit einer Leistung bis zu 30 kW, die sich auf einem Grundstück mit bereits bestehendem Netzanschluss befinden, gilt der Verknüpfungspunkt des Grundstücks mit dem Netz als günstigster Verknüpfungspunkt (§ 5 Abs. 1 EEG). Ein Netz gilt auch dann als technisch geeignet, wenn die Abnahme des Stroms erst durch einen wirtschaftlich zumutbaren Ausbau des Netzes möglich ist (§ 5 Abs. 4 EEG).</p>	
<b>Verfahren</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	<p><b>Niederspannungs- und Mittelspannungsnetz:</b></p> <p>Der Verfahrensablauf für den Anschluss von Anlagen an das Niederspannungsnetz und das Mittelspannungsnetz ist im Einzelnen nur teilweise förmlich geregelt und der konkrete Verfahrensablauf wird von den Netzbetreibern individuell unterschiedlich gestaltet. Den Ablauf und die erforderlichen Formulare finden sich meist auf der Website des zuständigen Netzbetreibers. Aus technischen Gründen durchläuft ein „Netzanschlussverfahren“ folgende Schritte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Einspeisewillige stellt einen Antrag auf Netzanschluss (sogenanntes „Netzanschlussbegehren“) (§ 5 Abs. 5 EEG);</li> <li>- Der Netzbetreiber schickt dem Einspeisewilligen unverzüglich einen genauen Zeitplan mit den Arbeitsschritten für die Bearbeitung des Netzanschlussbegehrens und eine Liste mit allen Informationen, die er für die Ermittlung des Verknüpfungspunktes oder für die Planung des Ausbaus des Netzes benötigt (§ 5 Abs. 5 EEG);</li> <li>- Der Einspeisewillige übermittelt dem Netzbetreiber die notwendigen Informationen;</li> <li>- Der Netzbetreiber übermittelt dem Einspeisewilligen unverzüglich, spätestens aber innerhalb von acht Wochen nach Eingang der Informationen einen Zeitplan für die Herstellung des Netzanschlusses, alle Informationen, die der Einspeisewillige für die Prüfung des</li> </ul>

		<p>Netzanschlusses benötigt, sowie auf Antrag die für eine Netzverträglichkeitsprüfung erforderlichen Netzdaten, sowie einen nachvollziehbaren und detaillierten Voranschlag der Kosten, die dem Anlagenbetreiber durch den Netzanschluss entstehen (§ 5 Abs. 6 EEG);</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zuweisung des Netzverknüpfungspunktes</li> <li>- Anschlussangebot des Netzbetreibers</li> <li>- Vertragsabschluss über den Netzanschluss (optional)</li> <li>- Anschluss der Anlage und Einspeisung</li> </ul> <p><b>Hochspannungsnetz:</b> Für den Anschluss von Anlagen mit einer Leistung ab 100 Megawatt, die an Elektrizitätsversorgungsnetze ab einer Spannung von mindestens 110 Kilovolt angeschlossen werden, gilt für den sogenannten Anschlussnehmer (§ 2 Nr. 1 KraftNAV) folgendes Verfahren, soweit dies nicht den Vorschriften des EEG widerspricht (§ 1 Abs. 2 KraftNAV):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Anschlussbegehren durch Anschlussnehmer (§ 3 Abs. 2 KraftNAV)</li> <li>- Ankündigung der notwendigen Prüfungen und erforderlichen Kosten nach Ablauf von zwei Wochen sowie Anforderung zusätzlicher Informationen durch Netzbetreiber innerhalb einer Woche (§ 3 Abs. 2 KraftNAV)</li> <li>- Zahlung von 25 % der erwarteten Kosten durch Anschlussnehmer (§ 3 Abs. 3 KraftNAV)</li> <li>- Ergebnis der Netzprüfung und Anschlusszusage durch Netzbetreiber spätestens drei Monate nach Eingang der Vorschusszahlung (§§ 3 Abs. 3; 4 Abs. 1 KraftNAV)</li> <li>- Netzanschlussvertrag (optional) (§ 4 Abs. 3 KraftNAV i.V.m. § 4 Abs. 1 EEG)</li> <li>- Vereinbarung eines Realisierungsfahrplans (§ 4 Abs. 5 KraftNAV)</li> <li>- Anschluss der Anlage und Inbetriebnahme</li> </ul>
	<p><b>Fristen</b></p>	<p><b>Allgemein:</b> Der Anschluss der Anlage an das Netz hat unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, zu erfolgen (§ 5 Abs. 1 EEG in Verbindung mit § 121 Abs. 1 BGB). Außerdem ist der Netzbetreiber verpflichtet, dem Einspeisewilligen nach Eingang des Netzanschlussbegehrens unverzüglich einen genauen Zeitplan für die Bearbeitung des Netzanschlussbegehrens zu übermitteln (§ 5 Abs. 5 EEG). Darüber hinaus muss der Netzbetreiber dem Anlagenbetreiber nach Eingang der erforderlichen Informationen unverzüglich, spätestens aber innerhalb von acht Wochen, einen Zeitplan für die unverzügliche Herstellung des Netzanschlusses, die für eine Prüfung des Verknüpfungspunktes benötigten Informationen und auf Antrag die für eine Netzverträglichkeitsprüfung erforderlichen Netzdaten sowie einen Kostenvoranschlag schicken. Keine konkreten Fristen benennt das Gesetz</p>

		<p>für die Durchführung der Netzprüfung. Diese kann je nach den verfügbaren Personalkapazitäten des Netzbetreibers zwischen drei Wochen und drei Monaten in Anspruch nehmen.</p> <p><b>Hochspannungsnetz:</b> Für den Anschluss von Anlagen mit einer Leistung ab 100 Megawatt gelten die Fristen der KraftNAV (siehe unter Verfahrensablauf), soweit dies die Vorschriften des EEG unberührt lässt (§§ 1 Abs. 2; 3; 4 KraftNAV)</p>
	<b>Informationspflichten</b>	<p><b>Allgemein:</b> Der Netzbetreiber muss dem Anlagenbetreiber folgende Informationen schicken:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach dem Netzanschlussbegehren: Einen genauen Zeitplan mit den Arbeitsschritten für die Bearbeitung des Netzanschlussbegehrens und eine Liste mit allen Informationen, die er für die Ermittlung des Verknüpfungspunktes oder für die Planung des Ausbaus des Netzes benötigt (§ 5 Abs. 5 EEG);</li> <li>- Nach Übersendung der von dem Netzbetreiber geforderten Information: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Einen Zeitplan für die Herstellung des Netzanschlusses,</li> <li>o Alle Informationen, die der Einspeisewillige für die Prüfung des Netzanschlusses benötigt, sowie auf Antrag die für eine Netzverträglichkeitsprüfung erforderlichen Netzdaten,</li> <li>o Einen nachvollziehbaren und detaillierten Kostenvoranschlag, mit den Kosten, die dem Anlagenbetreiber durch den Netzanschluss entstehen (§ 5 Abs. 6 EEG);</li> </ul> </li> </ul> <p>Der Anlagenbetreiber hat dem Netzbetreiber sämtliche Informationen zu übermitteln, damit der Netzbetreiber den Verknüpfungspunkt ermitteln oder eine Planung des Netzausbaus durchführen kann (§ 5 Abs. 5 EEG).</p> <p><b>Hochspannungsnetz:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vor Beginn des Netzanschlussverfahrens hat der Netzbetreiber auf seiner Internetseite folgende Angaben zu veröffentlichen (§ 3 Abs. 1 KraftNAV): <ul style="list-style-type: none"> <li>o die für die Prüfung eines Netzanschlussbegehrens und einer Prognose der verfügbaren Leitungskapazitäten erforderlichen Angaben;</li> <li>o standardisierte Bedingungen für einen Netzanschlussvertrag;</li> <li>o Darstellung des Netzschemaplanes sowie der Netzauslastung des gesamten Netzes;</li> </ul> </li> <li>- Nach dem Stellen des Anschlussbegehrens muss der Netzbetreiber dem Anschlussnehmer die notwendigen Prüfungen und erforderlichen Kosten ankündigen (§ 3 Abs. 2 KraftNAV).</li> <li>- Im Rahmen der Prüfung ist der Netzbetreiber verpflichtet, auf Antrag</li> </ul>

		<p>dem Anschlussnehmer die Netzdaten unverzüglich zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um eigene Bewertungen der zukünftigen Netznutzungssituation vorzunehmen (§ 5 Abs. 1 KraftNAV).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach der Durchführung der Prüfungen muss der Netzbetreiber den Anschlussnehmer über Verlauf und Ergebnis der Prüfungen unterrichten (§ 3 Abs. 3 KraftNAV).</li> </ul>
<b>Vorrang erneuerbare Energien (qualitative Ausgestaltung)</b>	<input checked="" type="checkbox"/> Vorrang für erneuerbare Energien <input type="checkbox"/> Diskriminierungsfreie Behandlung	Der Anschluss von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien hat vorrangig zu erfolgen, also vor dem Anschluss konventioneller Energieerzeugungsanlagen an das Netz („Vorrangprinzip“, 5 Abs. 1 EEG).
<b>Kapazitätsbeschränkung (quantitative Ausgestaltung)</b>	Die Pflicht zum Netzanschluss besteht auch dann, wenn die Abnahme des Stroms erst durch die Optimierung, die Verstärkung oder des Ausbau des Netzes möglich wird (§ 5 Abs. 4 EEG). Der Netzbetreiber ist zu diesen Maßnahmen jedoch nicht verpflichtet, wenn diese wirtschaftlich unzumutbar sind (§ 9 Abs. 3 EEG). Ob der Netzausbau wirtschaftlich zumutbar ist, erfordert eine einzelfallbezogene Abwägung der Interessen des Anlagenbetreibers und des Netzbetreibers.	
<b>Kostenträger des Netzanschlusses</b>		
	<b>Kostenträger Staat</b>	
	<b>Kostenträger Verbraucher</b>	
	<b>Kostenträger Netzbetreiber</b>	Weist der Netzbetreiber den Anlagen einen anderen als den nächsten Verknüpfungspunkt zu, muss er die daraus resultierenden Mehrkosten tragen (§ 13 Abs. 2 EEG).
	<b>Kostenträger Anlagenbetreiber</b>	Der Anlagenbetreiber trägt die Kosten des Anschlusses an den nächsten Verknüpfungspunkt sowie die Kosten der notwendigen Messeinrichtungen zur Erfassung der gelieferten und der bezogenen elektrischen Arbeit (§ 13 Abs. 1 EEG).
	<b>Verteilmechanismus</b>	

## 5. Netznutzung

<b>Kurzbezeichnung der Rechtsquelle</b>	EEG EnWG	
<b>Kurzbeschreibung</b>	<p>Es besteht ein gesetzlicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Abnahme und Übertragung des gesamten Stroms aus Erneuerbaren Energien (§ 8 Abs. 1 EEG). Der Netzbetreiber darf die Erfüllung des Anspruchs auf Abnahme und Übertragung nicht vom Abschluss eines Vertrages abhängig machen (§ 4 Abs. 1 EEG).</p> <p>Der Anspruch auf Abnahme und Übertragung entsteht mit Anschluss der Anlage an das Netz. Vor Fertigstellung der Anlage kann das Bestehen der Anspruchsvoraussetzungen gerichtlich festgestellt werden. Dies kann zur Sicherung der Finanzierung der Anlage durch die Banken erforderlich sein. In der Praxis reichen die Netzbetreiber zu diesen Zwecken ferner Zusagen darüber aus, dass der Strom abgenommen werden wird.</p>	
<b>Verfahren</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Netzanschluss Der Anspruch auf Abnahme und Übertragung entsteht mit Anschluss der Anlage an das Netz.</li> <li>- Abnahme und Übertragung des Stroms durch Netzbetreiber.</li> </ul>
	<b>Fristen</b>	Die Pflicht zur vorrangigen Abnahme besteht grundsätzlich unbedingt und ohne zeitliche Verzögerungen (§ 8 Abs. 1 EEG).
	<b>Informationspflichten</b>	
<b>Vorrang erneuerbare Energien (qualitative Ausgestaltung)</b>	( x ) Vorrang für erneuerbare Energien ( ) Diskriminierungsfreie Behandlung	Abnahme und Übertragung haben vorrangig zu erfolgen, also vor der Abnahme und Übertragung von Strom aus anderen als regenerativen Energiequellen („Vorrangprinzip“, § 8 Abs. 1 EEG). Durch Kraft-Wärme-Kopplung erzeugter Strom ist gleichrangig zu behandeln (§ 8 Abs. 1 Satz 2 EEG).
<b>Netzstabilisierungsmaßnahmen</b>	<p>Der Netzbetreiber kann die Abnahme und Übertragung von Strom aus Erneuerbaren Energien in folgenden Fällen ausnahmsweise verweigern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Einspeisemanagement.</b> Der Netzbetreiber darf Anlagen, die mit einer entsprechenden Einrichtung ausgestattet sind, herunterregeln, wenn andernfalls im jeweiligen Netzbereich einschließlich des vorgelagerten Netzes ein Netzengpass entstünde. Der Netzbetreiber muss sicherstellen, dass der Vorrang für Strom aus Erneuerbaren Energien und aus Kraft-Wärme-Kopplung gewahrt wird, soweit nicht sonstige Anlagen zur Stromerzeugung am Netz bleiben müssen, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu gewährleisten und dass er die Daten über die Ist-Einspeisung in der jeweiligen Netzregion abgerufen hat (§ 11 Abs. 1 EEG). Solaranlagen mit einer Kapazität bis zu 100 kW sind gegenüber den sonstigen Anlagen nachrangig zu regeln (§ 11 Abs. S. 2). Im Übrigen müssen die Netzbetreiber sicher stellen, dass insgesamt die größtmögliche Strommenge aus Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung abgenommen wird (§ 11 Abs. 1 EEG).</li> </ul>	



	<p>Vor der Regelung muss der Netzbetreiber den Betreiber von einer Anlage über 100 kW spätestens am Vortag, ansonsten unverzüglich über den zu erwartenden Zeitpunkt, den Umfang und die Dauer der Regelung unterrichten, sofern die Durchführung der Maßnahme vorhersehbar ist (§ 11 Abs. 2 EEG).</p> <p>Nach der Regelung hat der Netzbetreiber den Anlagenbetreiber über die tatsächlichen Zeitpunkte, den jeweiligen Umfang, die Dauer und die Gründe der Regelung zu unterrichten und auf Verlangen innerhalb von vier Wochen Nachweise über die Erforderlichkeit der Maßnahme vorlegen (§ 11 Abs. 3 Satz 1 EEG). Bei Solaranlagen mit einer Kapazität von bis zu 100 kW darf der Netzbetreiber alternativ den Anlagenbetreiber einmal im Jahr über alle Maßnahmen informieren, solange die Gesamtdauer dieser Maßnahmen nicht 15 Stunden überschritten hat (§ 11 Abs. 3 Satz 3 EEG),</p> <p>Dem Anlagenbetreiber steht ein Anspruch auf Entschädigung von Seiten des Netzbetreibers in einem vereinbarten Umfang zu (§ 12 Abs. 1 EEG). Er darf 95 % der ihm entgangenen Vergütungen abzüglich der Kosten verlangen, die er durch die unterlassene Einspeisung eingespart hat, zum Beispiel ersparte Treibstoffkosten (§ 12 Abs. 1 Satz 1 EEG). Übersteigen die entgangenen Einnahmen in einem Jahr 1% der Einnahmen dieses Jahres, ist der Anlagenbetreiber ab diesem Zeitpunkt 100% zu entschädigen. Verletzt der Netzbetreiber seine Rechtspflichten im Rahmen des Einspeisemanagements, kann der Anlagenbetreiber Schadensersatzansprüche geltend machen (§ 12 Abs. 3 EEG).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Vereinbarung.</b> Es besteht eine freiwillige vertragliche Vereinbarung über die Einschränkung des Anspruchs auf vorrangige Abnahme und Übertragung. Eine solche Vereinbarung ist nur zulässig, wenn die Einschränkungen der besseren Integration der Anlage in das Netz dienen (§ 8 Abs. 3 EEG). Das ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Netzausbau dadurch vermieden werden kann, dass sich Anlagenbetreiber und Netzbetreiber auf eine Drosselung der Einspeiseleistung an wenigen Tagen im Jahr einigen.</li> <li>• <b>Netzsicherheit.</b> Schließlich kann eine Anlage heruntergeregelt werden, wenn die Sicherheit und Funktionsfähigkeit des Netzes nicht mehr aufrechterhalten werden können, z.B. weil es droht zusammenzubrechen (§§ 13 Abs. 2, Abs. 2a, 14 Abs. 1 EnWG).</li> </ul>	
<b>Kostenträger der Netznutzung</b>		
	<b>Kostenträger Staat</b>	
	<b>Kostenträger Verbraucher</b>	
	<b>Kostenträger Netzbetreiber</b>	Die Kosten für die Abnahme und Übertragung des Stroms aus Erneuerbaren Energien trägt der Netzbetreiber.
	<b>Kostenträger Anlagenbetreiber</b>	
	<b>Verteilmechanismus</b>	Der Netzbetreiber ist insbesondere nicht berechtigt, dem Betreiber von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien für die Abnahme und Übertragung des Stroms ein Netznutzungsentgelt in Rechnung zu stellen. Nach der Konzeption des EEG ist der Netzbetreiber im Verhältnis zum Betreiber einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien Stromkäufer, da

		er den Strom nicht nur abzunehmen, sondern auch zu vergüten hat. Mit der Aufnahme des Stroms in sein Netz ist der Netzbetreiber daher allein für die dadurch ausgelösten Auswirkungen auf das Netz verantwortlich.
--	--	--

## 6. Netzausbau

<b>Kurzbezeichnung der Rechtsquelle</b>	EEG	
<b>Kurzbeschreibung</b>	<p>Netzbetreiber sind auf Verlangen der Einspeisewilligen verpflichtet, unverzüglich ihre Netze entsprechend dem Stand der Technik zu optimieren, zu verstärken und auszubauen, um die Abnahme, Übertragung und Verteilung des Stroms aus Erneuerbaren Energien sicherzustellen (§ 9 Abs. 1 Satz 1 EEG). Der Anspruch besteht nicht nur gegenüber Netzbetreibern, an deren Netz die Anlage unmittelbar angeschlossen ist, sondern auch für vorgelagerte Netze mit einer Spannung bis einschließlich 110 kV, wenn dies erforderlich ist, um die Abnahme, Übertragung und Verteilung des Stroms sicherzustellen (§ 9 Abs. 1 Satz 2 EEG). Der Anspruch des Anlagenbetreibers auf Netzausbau ist begrenzt durch die wirtschaftliche Zumutbarkeit (§ 9 Abs. 3 EEG). Ob der Netzausbau wirtschaftlich zumutbar ist, erfordert eine einzelfallbezogene Abwägung der Interessen des Anlagenbetreibers und des Netzbetreibers. Der Netzbetreiber darf die Erfüllung des Anspruchs auf Netzausbau nicht vom Abschluss eines Vertrages abhängig machen (§ 4 Abs. 1 EEG).</p>	
<b>Verfahren</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	Der Verfahrensablauf für den Netzausbau von Anlagen ist im Einzelnen nicht förmlich geregelt.
	<b>Durchsetzung</b>	<p><b>Klage auf Ausbau</b> Der Anlagenbetreiber kann den Netzbetreiber auf Durchführung des Netzausbaus verklagen, wenn sonst der Anschluss der Anlage, bzw. die Abnahme des Stroms gefährdet sind.</p> <p><b>Schadensersatz:</b> Baut der Netzbetreiber das Netz nicht aus, obwohl er dazu verpflichtet ist, können Einspeisewillige Ersatz des hierdurch entstandenen Schadens verlangen. Dies gilt nur dann nicht, wenn der Netzbetreiber beweisen kann, dass er weder vorsätzlich noch fahrlässig gehandelt hat (§ 10 Abs. 1 EEG).</p>
	<b>Fristen</b>	Die Verpflichtung zum Netzausbau besteht unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern. Der Zeitraum für etwaige Genehmigungsverfahren muss berücksichtigt werden. Im Einzelfall kann die Durchführung zeitintensiver Verwaltungsverfahren erforderlich sein (z.B. Freilandanlagen). Auch Lieferengpässe von für den Netzausbau erforderlichen Komponenten können zu erheblichen Zeitverzögerungen führen.
	<b>Informationspflichten</b>	<p><b>Auskunftspflicht:</b> Der Netzbetreiber muss dem Anlagenbetreiber Auskunft erteilen, ob und inwieweit er seiner Verpflichtung zur Netzoptimierung, zur Verstärkung und zum Netzausbau nachgekommen ist. Die Verpflichtung gilt jedoch nur, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme begründen, dass der Netzbetreiber seiner Pflicht zu diesen Maßnahmen nicht nachgekommen ist und wenn die Auskunft für die Feststellung erforderlich ist, ob dem Einspeisewilligen gegen den Netzbetreiber ein</p>

		Schadensersatzanspruch zusteht (§ 10 Abs. 2 EEG).
<b>Anreizinstrumente zum Netzausbau</b>		
<b>Kostenträger des Netzausbaus</b>		
	<b>Kostenträger Staat</b>	
	<b>Kostenträger Verbraucher</b>	Die Kosten für Optimierung, Verstärkung und Ausbau des Netzes trägt im Ergebnis der Verbraucher.
	<b>Kostenträger Netzbetreiber</b>	
	<b>Kostenträger Anlagenbetreiber</b>	
	<b>Verteilmechanismus</b>	<p><b>Netzbetreiber – Energieversorgungsunternehmen.</b> Die Kosten für Optimierung, Verstärkung und Ausbau des Netzes trägt zunächst der Netzbetreiber (§ 14 EEG). Er kann die Kosten des Ausbaus bei der Ermittlung von Netznutzungsentgelten einkalkulieren und auf diese Weise auf die Energieversorgungsunternehmen abwälzen.</p> <p><b>Energieversorgungsunternehmen – Endverbraucher.</b> Die Energieversorgungsunternehmen können die in den Netznutzungsentgelten enthaltenen Kosten des Netzausbaus über den Strompreis dem Verbraucher auferlegen.</p>
<b>Netzausbaustudien</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Dena Netzstudie: Deutsche Version: <a href="http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Download/Dokumente/Projekte/ESD/netzstudie1/dena-Netzstudie_I.pdf">http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Download/Dokumente/Projekte/ESD/netzstudie1/dena-Netzstudie_I.pdf</a> English Summary: <a href="http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Download/Dokumente/Projekte/ESD/netzstudie1/dena-grid_study_summary.pdf">http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Download/Dokumente/Projekte/ESD/netzstudie1/dena-grid_study_summary.pdf</a></li> <li>2. Dena Netzstudie II Deutsche Version: <a href="http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Download/Dokumente/Studien_Umfragen/Ergebniszusammenfassung_pdf-Format.pdf">http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Download/Dokumente/Studien_Umfragen/Ergebniszusammenfassung_pdf-Format.pdf</a></li> </ol>	